

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1900

8.11.1900 (No. 307)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 8. November.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gefaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.

Nr. 307.

Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keine Verantwortung für irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1900.

* Der Reichstag und die Zolltarifvorlage.

Ob die Nachricht zutrifft, daß die Zolltarifvorlage dem Reichstage erst im Februar zugehen wird, mag dahingestellt sein. Jedenfalls wird man in den laut gewordenen Bestrebungen, die Beratungen der wichtigsten Vorlage ungezügelt in die Länge zu ziehen, eine dringende Aufforderung erkennen müssen, den Reichstag so rasch mit derselben zu befaßen, als dies mit den Rücksichten gründlicher Vorbereitung vereinbar ist. Wenn aber in der freihändlerischen Presse an die Mittheilung jenes Termins die Behauptung geknüpft wird, es bliebe dann für eine gründliche Durchberatung der Vorlage in der kommenden Tagung nicht mehr genügend Zeit, so mag an die Vorgänge vom Jahre 1879 erinnert werden. Damals fand die erste Lesung des Zolltarifentwurfs in den Tagen vom 2. bis 9. Mai statt, und am 12. Juli konnte die Schlußabstimmung über die Vorlage im ganzen vorgenommen werden, bei der sie mit 217 gegen 117 Stimmen angenommen wurde. Im Jahre 1879 wurden somit die parlamentarischen Verhandlungen über den Zolltarif in wenig mehr als zwei Monaten zum Abschluß gebracht, obwohl man doch sicher der Opposition das Zeugniß nicht versagen kann, daß sie ihre Bedenken in der gründlichsten und umfassendsten Weise geltend gemacht hat. Und doch handelte es sich 1879 um wirtschaftspolitische Fragen von ganz anderer grundsätzlicher Bedeutung als gegenwärtig. Es galt, nicht bloß von dem bis zur Aufhebung der Eisenzölle getriebenen Freihandelsystem zu gemäßigten industriellen Schutzzöllen zurückzufahren; es war auch der hochbedeutende wirtschaftspolitische Grundsatz, daß Industrie und Landwirtschaft, kurzum alle Zweige der nationalen Produktion gleichmäßigen Anspruch auf Zollschutz haben, in das deutsche Zollsystem einzuführen und zugleich zur Anerkennung zu bringen, daß die Landwirtschaft nummehr zwecks Erleichterung drückender Steuern mit seinem Ueberflusse speisen konnte. Endlich galt es, die schwierigen verfassungsrechtlichen Probleme zu lösen, wie äußerlich das finanzielle Verhältnis des Reiches zu den Bundesstaaten zu gestalten und wie dem Reichstage sein Budgetrecht zu wahren sein würde. Diese beiden finanzpolitischen Aufgaben haben bekanntlich durch die Klausel Frankenstein ihre Erledigung gefunden. Jetzt handelt es sich dagegen ausschließlich um Fragen der Zoll- und Handelspolitik. Es handelt sich auch nicht darum, neue Grundsätze für diese Zoll- und Handelspolitik aufzustellen. Die Aufgabe geht vielmehr lediglich dahin, auf der Grundlage einerseits des gleich-

mäßigen Schutzes aller Produktionszweige und andererseits des Abschlusses langfristiger Handelsverträge unser Zollsystem auszubauen und unsere Zoll- und Handelsbeziehungen zum Auslande so zu regeln, wie es den Interessen und Bedürfnissen des heimischen Erwerbslebens entspricht. Vergleicht man die Bedeutung und Tragweite der Verhandlungen von 1879 mit den bevorstehenden Verhandlungen über den Zolltarif, so wird man keinen Zweifel darüber hegen können, daß sich die letzt-erwähnten Verhandlungen bei vollster Gründlichkeit ganz gewiß in der bevorstehenden Tagung zu Ende führen lassen.

Die Streikposten.

Bekanntlich hat die Hamburger Strafkammer die Lübecker Verordnung über das Streikpostenwesen für rechtsgründlich erklärt. Wir unterlassen es zunächst, auf das Urtheil selbst einzugehen, da ja die Angelegenheit das Reichsgericht beschäftigen wird. Wir glauben aber nachstehend doch einen Theil der Begründung des Hamburger Urtheils wiedergeben zu sollen, da dieselbe immerhin für Sozialpolitiker von Interesse sein dürfte.

Darnach setzt sich die Verordnung weder mit einem Reichsgesetz in Widerspruch, noch greift sie in ein Gebiet ein, welches die Reichsgesetzgebung für sich okkupirt hat. Als solch letztere können, so heißt es weiter, nicht angesehen werden der 7. und 18. Abschnitt des Theils des Reichsstrafgesetzbuches, welche von den Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung und dann von Verbrechen und Vergehen wider die persönliche Freiheit handeln. Das Partikularrecht kann sonach, ohne hieran durch die Bestimmungen des § 2 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 31. Mai 1870 gebindert zu sein, Strafbestimmungen treffen, welche den Schutz gegen Angriffe auf die öffentliche Ordnung und die persönliche Freiheit bezwecken. Diese beiden Rechtsgüter zu schützen, ist erstlich die Tendenz und der Zweck der Verordnung. Es soll das Recht der freien Selbstbestimmung beim Nehmen von Arbeit gewahrt werden. Erfahrungsgemäß führt die Anstellung von Streikposten sehr häufig zur Einschüchterung von Arbeitswilligen, ihre Willensfreiheit wird beeinträchtigt und dieselben werden wider ihren Willen zur Unthätigkeit gezwungen, auch wenn die Streikposten nicht gerade Drohungen anwenden. Durch die Anstellung von Streikposten wird sodann häufig der Verkehr zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitswilligen abgeschnitten, die gesperrten Arbeitsstätten werden förmlich belagert, ebenso Bahnhöfe und andere Verkehrsanlagen. Dadurch muß dann bei den in dem so wichtigen Recht der freien Beschäftigung ihrer Arbeitskraft nicht geschützten Personen ein Zustand der Beunruhigung entstehen, und andererseits wird regelmäßig das Ausstellen von Streikposten mit seiner beabsichtigten und thatsächlichen Wirkung der Beilegung und Einschüchterung eine Beeinträchtigung des Jedermann zustehenden Rechts auf ungehinderte Benutzung von Straßen und sonstigen Verkehrsanlagen zur Folge haben. In der schärfsten Weise wird die Verordnung jedoch angegriffen als ein Eingriff in die durch § 152 der Gewerbeordnung gewährte Koalitionsfreiheit der Arbeiter. Jedoch zu Unrecht. Wie in dem Urtheil des III. Strafsenats des Reichsgerichts vom 6. Oktober 1890 ausgeführt ist, geht die Bedeutung und Tragweite des zitierten Paragraphen nach Inhalt und Entstehungsgeschichte nicht weiter, als diejenige nach der Gewerbeordnung partikularrechtlich, insbesondere nach der preußi-

schen Gewerbeordnung vom 17. Oktober 1845 bestehenden Verbote und Strafbestimmungen zu befechtigen und für die Zukunft auszusprechen, welche gegen die im § 152 bezeichneten Verhandlungen und Vereinigungen als solche bestanden. Völlig unberührt von der im § 152 enthaltenen Koalitionsfreiheit bleibt aber die Frage, welche Mittel, von der Eingehung der Koalition selbst abgesehen, sonst die vereinigten Arbeiter oder Arbeitgeber zur Erreichung des im § 152 bezeichneten Zwecks anwenden können und dürfen, ohne sich strafbar zu machen. Sind diese Mittel nach anderweitigen Gesetzen verboten und ihre Anwendung strafbar, so trifft Verbot und Strafandrohung diejenigen, welche die Mittel anwenden. Dies hat v. Buchta, „Deutsche Juristenzeitung“ übersehen und damit fallen seine Deduktionen. Wäre nun das Ausstellen von Streikposten notwendig, um die im § 152 bezeichneten Vereinigungen herbeiführen zu können, dann würde ein verboteuer Eingriff in die Koalitionsfreiheit vorliegen, wenn das Ausstellen von Streikposten verboten würde. Das erstere kann aber ernstlich nicht behauptet werden, also ist letzteres auch nicht der Fall. Als ein Eingriff in die Koalitionsfreiheit an sich kann auch nicht angesehen werden, daß die Verordnung verbietet, planmäßig zum Zwecke der Beobachtung oder Beeinflussung der Arbeiter einer Arbeitsstelle an einem öffentlichen Orte sich aufzuhalten.

Der Papst, Frankreich und Spanien.

Z Rom, 5. November.

Die neueste Rede Waldeck-Rousseau's mußte auf den Vatikan den peinlichsten Eindruck machen. Wenn sogar Zeitungen wie der „Temps“ und die „Times“ den Antiklerikalismus, wie er in der Rede von Toulouse zu Tage trat, zu scharf und aggressiv fanden, kann es nicht wunder nehmen, daß der Heilige Stuhl sich über dieselbe betrübt und bestürzt zeigt. Solche Ergebnisse hatte der Papst wohl nicht von der Politik der Sammlung erwartet, die er — wie man jetzt sieht ohne Erfolg — den französischen Katholiken so warm empfahl.

In der That, die Republik zeigt sich mehr als je undankbar gegen Leo XIII. Dennoch wäre es eine Täuschung, zu glauben, daß das offene Bekenntniß antiklerikaler Gesinnung seitens Waldeck-Rousseau's einen Bruch oder auch nur einen Konflikt zwischen dem Heiligen Stuhl und Frankreich herbeiführen könnte. Der Ministerpräsident hat Repressivmaßregeln gegen die kirchlichen Kongregationen angekündigt. Ohne Zweifel wird man im Vatikan diese Maßregeln bedauerlich finden, da sie aber nicht die Gesamtheit des Klerus betreffen, kann sie die päpstliche Diplomatie auf die leichte Achsel nehmen. Wenn es sich nur darum handelt, die Orden der bischöflichen Autorität wieder zu unterwerfen und ihren den Gesetzen der Hierarchie widersprechenden Eingriffen ein Ziel zu setzen, so wird man vielleicht im Vatikan nur der Ansicht sein, daß das französische Ministerium besser direkt mit dem Heiligen Stuhl verhandelt hätte, da es in diesem Falle alle wünschenswerthen Zugeständnisse erhalten haben würde.

Kein Vernünftiger wird in der That in Abrede stellen, daß die übertriebene Entwicklung der Kongregationen und ihre Thätigkeit auf außerkirchlichem Gebiete zuweilen den wahrhaften Interessen der Kirche schaden. Dies war

Vom Pelze und Pelzhandel.

Von Alfred Neumann.

(Nachdruck verboten.)

Mutter Natur ist und bleibt doch die größte und beste Modellerantin. Selbst das kunstfertigste Menschenwerk kann sich nicht mit ihren einfachen und doch absolut vollendeten Erzeugnissen vergleichen, bei denen sich die höchste Zweckmäßigkeit stets mit der höchsten Schönheit deckt. Deß ist das Pelzwerk ein klassischer Zeuge. Das langhaarige, dicke, weiche, schwebefähige Wollfell eines Pelzthieres — gibt es einen idealeren Schutz gegen die Unbilden der rauhen Witterung und zugleich einen schöneren Schmuck der Kleidung? Man muß daher Frau Mode loben, daß sie mit einer an ihr ungenügsamen Beharrlichkeit dem Pelze ihre Gunst zuwendet und daher die älteste und ehrwürdigste Kleidung aller Völker des Nordens wieder zu Ehren bringt. Der bei uns belmoh schon etwas verklärte Sinn für die Schönheit des Pelzwertes hat auf diese Weise neue Anregung erhalten, und man lernt wieder, wie in der guten alten Zeit, einen kostbaren Pelz als einen wahrhaft wertvollen Familienschatz schätzen.

Aber mag auch der Pelzluxus infolge der Gunst der Mode in den letzten Jahren bei uns einigen Aufschwung genommen haben, so stehen wir doch auf diesem Gebiete nach wie vor weit hinter dem Lande zurück, das, wenn wir so sagen dürfen, die höchste „Pelzkultur“ hat: Rußland. In Rußland vertreten ja in alten Tagen Jelle geradezu die Stelle des Geldes und seinen sibirischen Tribut erhält der Czar noch heute größtentheils in Zobeln, Kolnksis (tartarischen Wadern) und Eichhörnchen. Kein Wunder, daß das russische Kaiserhaus über einen ganz unvergleichlichen Schatz von köstlichen Pelzwerken verfügt; als ein Beispiel sei nur angeführt, daß Alexander III. einer österreicherischen Erzherzogin zu ihrer Hochzeit eine Blauschneegarnitur im Werthe von 50 000 Rubel verheiratete. Die Verleihung eines Ehrenpelzes hat in Rußland stets als eine hohe Belohnung gegolten, und wenn der Zobel oft in russischen Abzeichen erscheint, so spricht das gleichfalls von der hohen Schätzung, die edle Pelz-

thiere im Reiche des Czaren genießen. Selbst die Krone des Selbstherrschers aller Reußen war ursprünglich nur ein goldbesetztes Pelzwerk. Der Pelzluxus reicht in Rußland bis zu den wenig begüterten Klassen und ein paar Pelze muß selbst der bescheidenste Bürgermann besitzen. Man kann sagen, daß die allerbesten Stücke überhaupt nicht zu uns kommen. Auf der Wiese in Nishni-Novgorod dagegen haben die Kaufleute gewöhnlich auch einige wirklich seltene Stücke, z. B. Fische im Werthe von 3000 bis 5000 Rubeln, die sie ihrer Kostbarkeit entsprechend in eigenen Kisten aufbewahren, zu denen nur sie selbst die Schlüssel haben.

Werkwürdig ist dabei, wie konsequent gewisse Klassen und Schichten des russischen Volkes an ihren uralten Pelzmoden festhalten. So trägt der russische Bauer nur weiße Pelze, der Kalmbude nur Isoberrauhe und der Tartar nur silbergraue. Im übrigen herrscht gerade auf dem Gebiete der Pelzmode beständig der größte Wechsel; bald wird diese, bald jene Pelzsorte besonders bevorzugt und dadurch ist auch eine sehr bedeutende Variation der Preise auf dem Pelzmarkt bedingt. So wandte sich z. B. im Anfange der 70er Jahre der Geschmack der Damen mit einem Male dem bis dahin vernachlässigten Nub zu und die Folge war, daß auf dem englischen Markte der Preis dieses Pelzes von 8 auf 25 Schilling stieg. Der Subjondalkompagnie wurde ein Zobelfell im Jahre 1892 mit 5, 1863 mit 35 Schilling bezahlt. Eine ganze Revolution zog die Erfindung der Seidenhüte nach sich. Vorher war ein Huteschiff in Deutschland mit durchschnittlich 14 Gr. bezahlt worden; als der Seidenhut in Mode gekommen war, hörte der Handel mit Huteschiffen nahezu auf und erst nach fast 20 Jahren wurde Meister Lampe als Pelzthier wieder estimirt; aber über 3 Gr. brachte es auch dann sein Fell nicht. Uebrigens ist es nicht nur die Mode, die auf den Wechsel der Preise der Pelzwaren von Einfluß ist. Der Pelzhandel ist von der Natur abhängig; eine Bervielältigung dieser Erzeugnisse, wie in der Pflanzenwelt, ist ausgeschlossen und auch für ihre Verbesserung läßt sich bei wilden Thieren nichts, bei zahmen doch höchstens wenig thun. Der wüste Raubbau, der mit den Pelzthieren besonders in Amerika getrieben worden ist und theilweis noch getrieben wird, hat natürlich

manche Pelze erheblich seltener gemacht und daher auch im Preise höher getrieben.

Die beiden großen natürlichen Reservoirs des Pelzhandels sind Nordamerika und Nordasien. Hier ist die eigentliche Heimath der werthvollsten Pelzthiere, und zwar gilt die Regel, daß die kältesten Gegenden die feinsten Pelze erzeugen, so daß z. B. der amerikanische Biber, je weiter nördlich er lebt, ein um so werthvolleres Fell hat, und der sibirische Zobel besser ist, als der in dem milderen Westen Sibiriens. Ueber den Reichthum des Tartarenreiches an kostbarem Pelzwerke ist schon der Genueser Marco Polo in helle Bewunderung gerathen; der Pelzreichthum Sibiriens ist es gewesen, der die Russen über den Ural geführt und sie zu immer weiterem Vordringen gereizt hat, bis sie den Amur und die kalte See im Osten erreichten. Der sibirische Pelzhandel hat zunächst ein Centrum in der chinesischen Grenzstadt Kiachta, wosin die russischen Kaufleute ihre Waaren bringen. Hauptsächlich von Kiachta aus verfahren sich die Söhne des himmlischen Reiches mit dem von ihnen sehr werth gehaltenen Pelzwerke und sie bringen dafür ihren Thee hin. So entsteht ein Lauschaudel, den die russischen Beamten regulieren und beaufsichtigen, und Thee und Pelz sind die beiden Dinge, die in Kiachta herrschen. Wichtigster für Europa ist die Wesse in Zebit, einer Kreisstadt im Gouvernement Perm, die etwa 5 700 Einwohner zählt. Diese Wesse wird stets im Februar, also in der kältesten Zeit des Jahres abgehalten; der Schitten bildet dann das einzige Transportmittel und Hunderte von Wesseln weit kommen dann die Sibirischen und Tartaren zu dem großen Pelzmarkt, zu dem andererseits an die 20 000 Kaufleute aus Rußland, Deutschland u. s. w. eintreffen. Einen Monat lang entfaltet sich hier in dem weitentlegenen Dertzen ein überaus reges internationales Treiben. Der Umsatz auf der Wesse von Zebit beträgt nicht weniger als etwa 65 Millionen Rubel. Von Wichtigkeit für den russischen Pelzhandel ist endlich auch die Wesse von Nishni-Novgorod, die im Juli und August stattfindet und den großen Austausch zwischen den Pelzwaren des Ostens und des Westens vermittelt.

In Amerika hatte bekanntlich lange Zeit die Subjondalkompagnie ein Monopol im Pelzhandel. 1869 wurde dies Monopol

(Mit einer Beilage.)

die Ansicht bedeutender Männer, wie z. B. des Kardinals Manning, dessen Rechtgläubigkeit Niemand bezweifeln wird. Das größte Bedürfnis ist vor allem ein guter Weltklerus, denn dieser ist eine Nothwendigkeit. Die Kongregationen können nicht in gleicher Weise als unumgänglich notwendig bezeichnet werden. Ihr Eifer und ihre Thätigkeit haben ohne Zweifel auf dem Gebiete der äußeren Mission ausgezeichnete Erfolge erzielt, aber durchaus nicht immer in unseren europäischen Himmelsstrichen, wo sie dem Weltklerus Konkurrenz machen. Die Meinung, daß solche Uebergriffe in Frankreich vorkommen und zurückgewiesen werden müssen, kann man festhalten, ohne ein Gegner der Kirche zu sein, wenn auch die nationalpolitische Presse dieses behauptet.

Vielleicht wäre es Aufgabe einer umsichtigen päpstlichen Politik gewesen, dem Ministerium Waldeck-Rousseau den Rang abzulaufen und nicht zu dulden, daß sich die Orden über Gebühr emanzipieren, vielmehr sie der bischöflichen Ueberwachung zu unterwerfen. Damit hätte man dem Antiklerikalismus die Waffe entzogen, deren er sich heute bedient. Aber wenn auch die von Waldeck-Rousseau angefügten Repressivmaßnahmen zur Ausführung kommen, so wird doch voraussichtlich der Heilige Stuhl es vermeiden, einen Konflikt mit der Republik heraufzuführen. Vermuthlich wird er die gleiche neutrale und resignirte Haltung beobachten wie damals, als die Auflösung der durch das Gesetz nicht autorisirten Kongregationen erfolgte. Leo XIII will vor allem die Aufrechterhaltung des Kontordates. Seine Geduld wird andauern so lange das Kontordat in Kraft bleibt. Die französische Republik wird es kaum dahin bringen, die Nachsicht und Selbstverleugnung, welche das Staatssekretariat Seiner Heiligkeit ihr gegenüber an den Tag legt, zu erschöpfen. Es gibt Regierungen, die nicht das Gleiche von sich rühmen können.

Die neuesten Nachrichten aus Spanien scheinen eine carlistische Bewegung in Aussicht zu stellen. Es heißt, daß die alphonstische Regierung, erschreckt durch diese Schilderhebung, in den letzten Tagen neue und sehr lebhafte Anstrengungen beim Papste gemacht habe, um zu erreichen, daß der Heilige Stuhl Hand in Hand mit der regierenden Dynastie diesen revolutionären Versuch in seinen ersten Keimen erstickt. Ohne Zweifel ist dieses die Hauptaufgabe, die dem neuen Botshafter Spaniens beim Heiligen Stuhl, Herrn Vidal, gestellt ist. Es ist charakteristisch für diesen Diplomaten, daß er gleichzeitig streng katholisch und doch ein entschiedener Gegner der Carlismen ist. Niemand kann also geeigneter sein als er, in der gegenwärtigen Krisis den Beistand des Vatikans zu erwirken. Nur schade, daß der Vatikan in dieser Richtung nicht viel vermag. Seit nahezu 22 Jahren bemüht sich Leo XIII. in der löblichsten Weise, den Carlismus auszurotten. Alles hat er versucht, um die spanischen Katholiken für die Unterstützung der alphonstischen Dynastie zu gewinnen. Und doch erhob der Carlismus nie so feil und bedrohlich sein Haupt. Die carlistischen Katholiken, die im Norden Spaniens ohne Zweifel die Mehrheit bilden, kümmern sich nicht im mindesten um die päpstlichen Verweise. So ehrerbietig sie

aufgehoben, doch führt die Gesellschaft in den Ländern der Hudsonsbay noch heute ihren Handel im wesentlichen in den alten Formen fort. Dieser Handel ist gleichfalls gewöhnlich ein Tauschhandel, und zwar bildet dabei das Biberfell eine Art Werthmaß. „Wer Lust hat zu tauschen, hat Lust zu betrügen“, sagt der Volksmund, und das trifft hier insofern zu, als die Kompagnie von je die ihre Pelze verkaufenden Indianer und europäischen Jäger tächtig über's Ohr zu hauen verstand. So war sie nach einem (allerdings älteren) Tauschtarife so großmüthig, den Indianern für 60 Hobelselle eine Finte auszuhandigen; der Werth der Finte ist zu 22 Schilling, der der Hobel zu 60 Pfund anzuschlagen. Für eine Unze rother Farbe zum Kostenpreise von 3 Pence ließ sie sich drei Hobelselle ausuhandigen, die man auf 3 Pfund 3 Schilling bewerten kann. Der Betrieb der Kompagnie ist noch heute sehr beträchtlich; im Jahre 1892 trübten 135 000 Felle in ihrem Depot zu Montreal zusammen, worunter 16 300 Biber-, 15 500 Marber-, 2 270 Fuchs-, 1 760 Bärenfelle waren. Die Pelzschätze der Gesellschaft werden auf eigenen Schiffen nach London befördert, und hier finden in dem Komptoir der Kompagnie dreimal im Jahre, im Januar, März und September, die großen Auktionen statt.

Neben der Hudsonsbaykompagnie sind in Nordamerika noch zahlreiche andere Gesellschaften und einzelne Kaufleute im Pelzhandel thätig und durch sie ist New-York ein Centrum des Pelzhandels geworden. Doch gehen sehr bedeutende Quantitäten amerikanischer Pelze direkt nach Leipzig, das sich ja bekanntlich seit dem Anfange des 19. Jahrhunderts zur großen Empore des Pelzhandels entwickelt und speziell London besetzte geschoben hat. Hier in Leipzig kreuzen sich die Pelze aus dem Osten, dem Süden und dem Norden (Skandinavien), und man wird Leipzigs jährlichen Pelzimport mit 40 Millionen Mark nicht überschätzen.

Der kostbarste aller Pelze ist der der Seeotter, der mit 100 bis 500 Thalern bezahlt wird. Es werden im Jahre nur etwa 1500 Seeottern erlegt, von denen 1200 aus Asien und Alaska kommen. Chinesische Mandarinen tragen manchmal ganze Mäntel aus Seeotterpelz, die aus drei Fellen bestehen und daher einen sehr ansehnlichen Werth repräsentiren. Der Seeotter dürfte an Kostbarkeit dem berühmten Silberfuchs am nächsten kommen. Dies ist ein Schwarzfuchs, dessen frischvermausertes Fell silberglänzende Spitzen zeigt. Ein schönes Silberfuchsfell wird gern mit 500 Mark bezahlt. Von je hochgeschätzt war der Hobel, dessen Fell außer durch die Weichheit und Feinheit aller Haare sich besonders durch ihre Festigkeit und die der Haut auszeichnet, daher auch sehr dauerhaft ist und rein, glatt und glänzend bleibt. Ein sehr schönes Hobelfell kann gleichfalls gegen 500 M. kosten und es ist daher nicht verwunderlich, daß ein Hobelfutter der Königin von Württemberg, Schwester des Czaren Alexander II., einen Werth von 8 000 Thalern hatte.

Auch die minder kostspieligen Pelze sind ja bekanntlich oft von großer Schönheit, und selbst an dem einfachsten hatet durch die eigenartige Geschichte und die interessante Organisation des Pelzhandels eine gewisse Merkwürdigkeit. Ein französischer Missionar im Norden Amerikas oder ein Tartar in Sibirien mußten Käse und Beiwurden extrahieren, viele viele Hände, in zwei Erdtheilen, im Prüfen, Behandeln, Befördern, Verkaufen des Pelzes thätig sein, um einer deutschen Frau einen Pelztragen oder einen Muff zu liefern.

sich in allen kirchlichen Dingen dem Papste unterwerfen, ebenso entschlossen widerstehen sie sich auf dem politischen Gebiete seiner Autorität. Wie die Dinge liegen, kann man dies nur auf's Tiefste bedauern, wie man es bedauern muß, daß in Frankreich die Katholiken, den hundertmal wiederholten Belehrungen zum Troz, fortfahren, sich gegen die alten Parteien zu wenden. In Spanien identifizirt sich der Carlismus mit dem Absolutismus, das heißt er verkörpert das seit Jahrhunderten nur zu sehr vorherrschende System, welches aus Spanien gemacht hat, was es heute ist.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 7. November.

Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin besuchten gestern Abend noch den Vortrag des Dr. Kurt Boeck im großen Saale des Konversationshauses.

Heute Vormittag traf Präsident Dr. Nicolai in Schloß Baden ein und wurde bald nach seiner Ankunft von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog zur Vortragserstattung empfangen. Präsident Dr. Nicolai setzte am Nachmittag seinen Vortrag fort und kehrte Abends nach Karlsruhe zurück.

** Von den Finanzkandidaten, die sich im Oktober d. J. der Staatsprüfung für den höheren Finanzdienst unterzogen haben, sind unter die Zahl der Finanzpraktikanten aufgenommen worden:

Josef Amberger von Bretten,
Oskar Erhardt von Karlsruhe,
Karl Eugen Guggenbühler von Freiburg,
Otto Ruth von Sengenbach und
Friedrich Wilhelm Linnebach von Rastatt.

XX (Prinz Wilhelm-Denkmal.) Nachdem die für die Errichtung eines Prinz Wilhelm-Denkmal erforderlichen Geldmittel den in der Beschlusse dieses Blattes mitgetheilten Betrag erreicht haben, konnte mit der Durchführung des Projekts begonnen werden. Und dies umso mehr, als mit Zuhilfenahme darauf gerechnet werden kann, daß die noch fehlende Summe — etwa 3 000 M. — in Folge der Zuwendungen von Verehrern des heimgegangenen Prinzen, die noch Willens sind, auch überhiesig sich an dem Unternehmen zu betheiligen, gedeckt sein werden. Das Denkmal soll die Figur des Prinzen in 1/2 facher Lebensgröße in Bronze, stehend auf einem in einfachen Formen gehaltenen Sockel, darstellen. Die Fertigung desselben wurde einem bewährten Bildhauer, Professor Volz, übertragen, der alsbald ein Modell fertigte, das sich des Beifalles aller Interessenten zu erfreuen hatte. Nach diesem Modell wird nunmehr das für die Gießerei bestimmte Modell möglichst bald hergestellt werden, so daß die Enthüllung des Denkmals spätestens im Oktober e. J. erfolgen kann. Für die Aufstellung des Denkmals wurde, wie bekannt, von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog ein Platz im Schloßgarten an der Linienhelmerstraße gegenüber dem Kommandanturgebäude huldvollst zur Verfügung gestellt.

r. (Konzertnotiz.) Wir wollen nicht unterlassen auf die in dem am nächsten Mittwoch stattfindenden zweiten Kammermusik-Konzert von Professor Ordenstein und dem Meiningener Streichquartett mitwirkende Sängerin, Frau Böhr-Brajnig, hinzuweisen, die zum erstenmal in Karlsruhe auftritt. Frau Böhr-Brajnig gehörte einige Jahre der Bühne und zwar zuletzt dem Hoftheater unserer Nachbarstadt Mannheim als Primadonna an, widmete sich aber, seitdem ihr Gatte als Postpächter in München thätig ist, ausschließlich dem Konzertgesang.

t. (Konzert der Meiningener Hofkapelle.) Die Herzoglich Meiningen'sche Hofkapelle, welche unter Leitung ihres Generalmusikdirektors, Herrn Fritz Steinbach, im Laufe dieser Saison zwei große Konzerte unternimmt, veranstaltet auch hier am Montag den 26. November ein Orchesterkonzert im Museumsaal. Die berühmte Kapelle, in der sich namhafte Künstler als Solisten befinden, ist durch ein Streichquartett in den von Herrn Professor Ordenstein veranstalteten Kammermusikabenden in hervorragender Weise vertreten. Die Veröffentlichung des Programms, auf welchem Orchesterkompositionen von Brahms, Bach, Mendelssohn, Mozart und Wagner vorgelesen sind, erfolgt in nächster Zeit durch die Musikalienhandlung von Fr. Doert. Vorkerkungen auf Plätze können schon jetzt daselbst gemacht werden.

* (Städtisches Elektrizitätswerk.) Zur Zeit werden in verschiedenen Straßen der Residenz von der Gesellschaft für elektrische Industrie Karlsruhe die Leuchtstellen und Mäntel der oberirdischen Transformatorstationen gestellt. Diese Mäntel werden, da die zur Abdeckung vorgesehenen, architektonisch schon wirkenden Dächer noch in Arbeit sind, die innere Einrichtung der Transformatorstationen jedoch keinen Bezug erleiden kann, mit einem „provisorischen“ Dach versehen. Der ganze Mantel dient später als Plafond, an der nur die durch hiesige Schlossermeister kunstvoll ausgeführten Vierleisten sichtbar bleiben.

o (Aus der Sitzung der Strafkammer II vom 3. November.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Weizel. Vertreter der Groß-Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Groß, später Staatsanwalt Schlimm.

Verhängnisvolle Folgen hatte ein Streit, der am 10. Juni auf der Dreißstraße zu Heidelberg zwischen dem Eisenbedien Joseph Fehrig und dem Tagelöhner Karl Händle ausgebrochen war. Ersterer jagte während des Händels sein Stellmehrer und stach damit dem Händle in den rechten Oberarm. Die Verletzung war eine sehr schwere und verschlimmerte sich derart, daß Händle, um ihn zu retten, der rechte Unterschenkel abgenommen werden mußte. Fehrig wurde wegen schwerer Körperverletzung unter Anrechnung von vier Monaten Untersuchungshaft zu zwei Jahren Gefängnis verurtheilt.

Der Jäger Karl Koblenzer aus Brötzingen, der den Hilsenwaldhüter Bauer in Brötzingen, weil dieser ihn wegen Fortvergehens zur Anzeige gebracht hatte, im Monat August mit Zehntschlagen bedrohte und diesen in der Nacht vom 23. auf 24. September überfiel und durch Schläge mit einem dicken Prügel so lange mißhandelte, bis er bewußtlos auf dem Boden liegen blieb, erhielt, abgesehen von vier Wochen Untersuchungshaft, neun Monate zwei Wochen Gefängnis.

Des Weiteren ergingen folgende Urtheile: Schreiner Wilhelm Kerner aus Derrnbingen, wohnhaft in Forzheim, wegen Körperverletzung drei Monate Gefängnis; Maurer Ferdinand Bauer aus Forst wegen Diebstahls im Rückfall sechs Monate Gefängnis; Wilhelmine Weichschuch aus Diefenbach wegen Betrugs und Urkundenfälschung neun Monate Gefängnis, abgesehen von einem Monat Untersuchungshaft.

o Baden, 6. Juli. Vor einer zahlreichen Zuhörerschaft sprach heute Abend im großen Saale des Konversationshauses der Weltreisende Herr Dr. Curt Boeck aus Dresden über „Deutsch-China und die Chinesen“. Der Redner schildert in äußerst anziehender Weise das Leben und Treiben in unserer deutschen Besitzung Kiautschou und besonders den Charakter von Land und Leuten in Tsintau. In bester Weise wurde der Vortrag durch Projektionsbilder unterstützt, so daß die Zuhörer ein anschauliches Bild von den Verhältnissen in Kiautschou erhielten. Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin mochten dem Vortrag bis zum Schluß bei und gerühten dem Vortragenden Allerhöchsthre Anerkennung über das Gedächtnis auszusprechen.

* Furtwangen, 6. Nov. Die Gesammtlage der Hren-industrie auf dem Schwarzwald ist jetzt, wenn auch etwas besser als den Sommer über, noch keine rosige zu nennen. Bei steigenden Rohmaterialpreisen wird der Preis für fertige Fabrikate gedrückt, so daß allenthalben geklagt wird. Die Kriegswirren üben eben doch einen größeren Einfluß aus, als man sich anfangs zugehen wollte. Die Fabrikanten von Ruckdus-uhren haben andauernd zu thun. Ein guter Abnehmer für diese Sorte Uhren ist Nordamerika.

o Billingen, 6. Nov. Die im hiesigen Amtsbezirk belegene Herrnhuter-Kolonie Königsfeld, welche bisher eine eigene Gemeindeverwaltung hatte und welche am 1. Januar 1902 eine badische Landgemeinde wurde und erhält die Landgemeindevorstellung. Anlaß zu dieser Aenderung gaben Meinungsdivergenzen der Brüder betreffend der Verwaltung des Vermögens der Brüdergemeinde. Es kam nun zu Unterhandlungen zwischen Vertretern der Großherzoglich Badischen Regierung und der Brüdergemeinde in Herrnhut. Am 25. Oktober wurden die in einer Gemeindeversammlung von den beiderseitigen Vertretern aufgestellten und vereinbarten Aenderungen gutgeheißen.

o Konstantz, 6. Nov. In der reich mit Blattpflanzen geschmückten Turnhalle fand am Sonntag Vormittag eine einfache, aber würdige Molke-Festier statt. Umräumt von erhabenen Vorträgen der Regimentsmusik und des „Boban“ stand im Mittelpunkt der Feier die nach Form und Inhalt gleich vollendete Festschilde des Herrn Landgerichtsraths Dr. Reinhardt. An der Feier hatte ein großes Publikum, darunter Spitzen der Reichs-, Staats- und städtischen Behörden, das gesamte Offizierscorps und die militärischen Vereine der Stadt theilgenommen.

o Vom Bodensee, 6. Nov. Nach einer amtlichen Mittheilung sind im Amtsbezirk Stodach im dritten Quartal d. J. 113 Personen gestorben. Darunter befanden sich 6 Fälle von Lungenschwindsucht. Unter sämtlichen 113 Gestorbenen sind es 46 Kinder im Alter von 0 bis 1 Jahr. Die Gesundheitsverhältnisse des Monats Oktober trugen im allgemeinen ein sehr günstiges Gepräge. — In der Amtsstadt Stodach wurden im erwähnten Zeitraum sechs Geburtsfälle beobachtet während kein einziger Sterbefall zu verzeichnen war. — In der verfloffenen Woche war der Döbsteinfand aus der Seegegend äußerst lebhaft. Von der Eisenbahnstation Ueberlingen gingen ganze Wagenladungen mit Obst nach Straßburg, Heidelberg, Karlsruhe, Offenburg, Stuttgart und Frankfurt a. M. ab.

Aus der französischen Deputirtenkammer.

Die Interpellation über die innere Politik.

* Paris, 6. Nov. Die Deputirtenkammer wird in Ruhe eröffnet. Der Vorsitzende Deschanel theilt mit, daß ihm zwei neue Interpellationsgesuche zugegangen seien, das erste vom Sozialisten Sembat über die „Gesetz-widrigen Umstände“, unter denen Senibos den belgischen Behörden ausgeliefert ist, und das zweite vom Abgeordneten Bernard über die mangelhaften Umstände, unter denen die französischen Soldaten nach China befördert worden seien.

Der Sozialist Colliard bringt einen Antrag ein, die Regierung zu ermächtigen, den denjenigen Gruben Besitz zu ergreifen, die zur Zeit nicht in Betrieb sind, um der Kohlennoth abzuhelfen.

Nachdem der Vorsitzende noch die während der Ferien eingelaufenen Interpellationen zur Kenntniß gebracht hat, erklärt Ministerpräsident Waldeck-Rousseau, unter den zahlreichen Interpellationen seien einige dringlicher Art, zum Beispiel die über die allgemeine Politik der Regierung; auch die Interpellation Therrv (Nationalist) über die Ausstände in Marseille, die mit der allgemeinen Politik zusammenhängen. Die übrigen Interpellationen würden besser vertagt, da es bedauerlich wäre, wenn die parlamentarischen Arbeiten darunter litten.

Auf Antrag Sembats beschließt die Kammer die sofortige Verhändlung der Interpellation Bazelle (radikal) über die allgemeine Politik der Regierung.

Zur Begründung erhält das Wort Bazelle (radikal): Er wolle nicht die vergangene Politik des Kabinetts prüfen, sondern diejenige, die es in Zukunft befolgen werde. Das Land verlange Reformen. Die soziale Frage betreffe die politische Lage, und es sei von Wichtigkeit, zu erfahren, welche Politik die Regierung den Sozialisten gegenüber verfolge.

Biviani (Soz.) erklärt, er und seine Freunde seien bereit, die neuen Schulgesetze gegen den Feindalismus anzunehmen, ehe so das Gesetz über das Vereinswesen. Die Sozialisten werden überall dort mit der Regierung zusammengehen, wo sie einen Kampf gegen die Reaktion auszufechten hat, aber sie sind entschlossen, ihre Freiheit wiederzugewinnen.

Vallant (Soz.): Biviani hat soeben dem Kabinet die Forderung für die Zukunft verweigert. Das freut mich; auf diese Weise wird die sozialistische Partei wieder geeinigt.

Ministerpräsident Waldeck-Rousseau: Die Regierung ist der Ansicht, daß die Unentschiedenheit im republikanischen Lager trotz der Grundlage gemeinsamer Ideen daher kommt, daß jeder Republikaner sich leicht durch das dinstreuen läßt, was er persönlich vorzieht, statt einem bestimmten Reformprogramm zu folgen. Der Redner wiederholt sein gesetzgeberisches Programm von Toulouse: Schulgesetz, Vereinsgesetz, Reform der Kriegsgesetze, Einkommensteuer. All diese Gesetzesentwürfe hält die Regierung in ihrem vollen Umfange aufrecht. Bezüglich des „Zwangsausstandes“ ist die Regierung der Ansicht, daß es nicht Sache des Staates ist, Privatnen eine Lösung ihrer Streitigkeiten aufzuzwingen, aber die freien Verträge sind noch entwicklungs-fähig. (Mit dem „Zwangsausstand“ ist ein Plan des sozialistischen Handelsministers Willeran gemeint, wonach die Arbeiter beim Ausbruch von Streitigkeiten, die zu einem Ausstande führen sollen, befragt werden sollen, ob sie für oder gegen den Ausstand sind. Es soll eine Abstimmung stattfinden, und dem Ergebnis sollen sich die Arbeitswilligen fügen.) Die Regierung hat ihre Ansichten über die Arbeiten der Kammer kundgegeben, an letzterer ist es nun, zu erklären, ob sie mit der Regierung einverstanden ist.

Ribot: Die Erklärungen der Regierung über das Zwangs-schiedsgerichtsverfahren lauten kaum erheblich anders als diejenigen, die Herr Millerand in Sens abgegeben hat. Der Ministerpräsident hat von der Rednertribüne aus erklärt, das Recht jedes einzelnen Arbeiters sei ebenso heilig wie das der Mehrheit. An Sens hat Herr Millerand das Gegenteil ausgesprochen. Millerand hat auch das Zwangs-schiedsgerichtsverfahren verprochen, er hat erklärt, wenn eine Streitigkeit entscheide, nicht im Arbeitsvertrage vorgeesehen sei, so werde eine dritte

Person als Schiedsrichter erklären, wer recht und wer unrecht habe. Die unvermeidliche Folge eines solchen Systems ist die Enteignung. Es ist gefährlich, solche Reden zu führen, und die Gefährdungen des Ministerpräsidenten werden nicht hinreichen, um deren Spuren zu verwischen.

Handelsminister Millerand: Herr Ribot hat mir vorgeworfen, daß ich als Minister eine andere Sprache geführt hätte, denn als Abgeordneter. (Ribot: Eine andere Sprache als der Ministerpräsident!) Millerand: Herr Ribot hat mir vorgeworfen, eine Sprache geführt zu haben, die der des Ministerpräsidenten entgegengesetzt gewesen sei, und weiter, daß ich nicht meiner Stellung entsprechend gesprochen hätte. Das ist ein Irrthum. Schon im Jahre 1898 habe ich erklärt, daß das Volk weder durch ein Wunder, noch durch einen Gewaltstreich die von ihm geforderten Reformen erhalten werde. Ich halte die Gewaltthat nicht für ein Mittel zur Verwirklichung sozialer Reformen. Zwischen der Haltung des Ministerpräsidenten und der meinigen — wo ist da der Widerspruch? Als der Herr Ministerpräsident mir die große Ehre erwies, mich zum Eintritt in sein Kabinett aufzufordern, hat er an mich nicht das Ansehen gestellt, daß ich irgend eine meiner Ansichten aufgeben müßte, und niemals habe ich bezweifelnd, daß ich in der republikanischen Regierung ganz besonders der Vertreter gewisser Interessen war. Diese Interessen habe ich immer verteidigt. (Beifall links.) Was den „Zwangsausstand“ betrifft, so verlange ich, daß für die Arbeiter eine Abstimmungsweise eingerichtet werde, die ihnen gestattet, den Willen ihrer Genossen klar kennen zu lernen. Ein entsprechender Vorschlag wird eingebracht werden. Wenn die Kammer ihn einmal kennt, wird sie ihre Ansicht darüber äußern. (Beifall links.)

Hierzu bespricht die Ausstände in Marseille. Er erklärt, dort sei die Arbeitsfreiheit verlegt worden, die Polizei habe die Arbeitswilligen nicht hinlänglich geschützt.

Man verlangt die Vertagung der Beratung. Die Abstimmung bleibt zweifelhaft und gibt zur Auszahlung Anlaß. Inzwischen wird die Erörterung über die Regelung der Tagesordnung fortgesetzt. Schließlich theilt der Vorsitzende mit, daß der Antrag auf Vertagung abgelehnt sei.

Der Nationalist Thierry nimmt seine Rede wieder auf und redet noch eine geraume Zeit über die Ausstände in Marseille. Der Antrag auf Vertagung auf Donnerstag wird nach der Rede Thierry's von neuem eingebracht und diesmal angenommen.

Paris, 6. Nov. Senat. Nachdem Fresneau auf eine Interpellation über die Frage der militärischen Subventionen vorläufig verzichtet hatte, bringt Hoyt einen Gesetzentwurf ein, der bezweckt, der Entwässerung Frankreichs ein Ende zu setzen. Er schlägt eine Besteuerung der Gehöfen sowie der kinderlosen Familien und eine Staatsunterstützung für kinderreiche Familien vor. Zu letzteren Zwecken verlangt er einen Kredit von 20 Millionen Franken.

Die Präsidentenwahl in der Union.

(Telegramme.)

New-York, 7. Nov. Ueber die Staaten, welche während der Wahlkampagne als zweifelhaft galten liegen jetzt folgende Nachrichten vor: McKinley siegte in Delaware mit einer Mehrheit von 1060 Stimmen. Das republikanische Wahlcomité meldet: Die Wahl McKinley's in West-Virginia und Michigan, sowie in Indiana ist sicher. Auch die Berichte aus Nebraska lauten zu Gunsten McKinley's. Der Obmann der demokratischen Partei in Maryland meldet, daß die Republikaner siegten. Delaware, Indiana, Maryland, West-Virginia und Michigan waren schon früher republikanisch, Nebraska dagegen demokratisch vertreten.

New-York, 7. Nov. In Washington geht die allgemeine Ansicht dahin aus, daß die Republikaner im Repräsentantenhaus über eine wirksame Mehrheit verfügen werden.

New-York, 7. Nov. Nach bisherigen Berichten ist McKinley in allen Neu-Englandstaaten in Wisconsin durchgedrungen. Bryan in Texas, Virginia und Neu-Karolina.

New-York, 7. Nov. Es ist festgestellt daß die Mehrheit der Wähler auf den Namen McKinley gewählt ist. Dieser hat mithin den Sieg davongetragen.

New-York, 6. Nov. In einem Wahlbezirk in Philadelphia fanden heute die Wahlen statt. Ein Demokrat wurde durch einen Messerstich ernstlich verwundet. An einer anderen Stelle des Bezirkes wurde eine Anzahl Neger, die das Wahllokal betreten und versuchten, widerrechtlich zu stimmen, abgewiesen. Sie zogen ihre Revolver und schossen. Als Wahlrichter fungierte ein berufsmäßiger Kaufmann. Dieser wurde durch einen Revolverbeschuss am Kopf erheblich verletzt. Drei Neger wurden verhaftet. In Wilmington (Delaware) geriet eine Anzahl Neger wegen Verabredung der Eröffnung des Wahlraums in Wuth. Eine Anzahl Weiber drang, ihrem Beispiele folgend, in den Wahlraum, zerstörte die Wahlzellen und verletzte je einen Wähler, Aufseher und Schutzmann schwer. In Casperville kam es gestern Abend zu einem Zusammenstoß der Angehörigen beider Parteien. Eine Person wurde getödtet, acht verwundet. Unter letzteren befindet sich ein Amerikaner, die übrigen sind Oesterreicher und Italiener. Bei einem Streit in Litchfield (Illinois) wegen politischer Fragen wurde gestern Abend ein Demokrat getödtet.

New-York, 6. Nov. In Denver kam es zu einem Zusammenstoß vor dem Wahllokal, dabei wurde ein Hilfsbeamter getödtet, vier Hilfsbeamte sowie vier Polizeibeamte verwundet. Die Hilfsbeamten waren seinerzeit von republikanischer, die Polizeibeamten von demokratischer Seite angestellt worden.

Die Vorgänge in China.

(Telegramme.)

London, 7. Nov. General Campbell telegraphirt: Ich kam in Wangkiakou an, südlich von dem Sumpfbereich des Paoingku mit Tientsin verbindenden Fußlaufes. Alles ist wohl. Ich beschlagnahmte hier im Yamen Dokumente, die überzeugend darthun, daß die Bewohner der Stadt Wann-Anan-Hien südlich von

Wangkiakou den Bogern in jeder Weise Beistand geleistet haben. Ich hielt es für nöthig, einen möglichst nachhaltigen Eindruck bei den Chinesen zu hinterlassen und zerstörte die nordöstlichen und nordwestlichen Bastionen und die nördliche Stadtmauer. Heute habe ich das stark besetzte Bogerdorf Luhotshwang niedergebrannt nördlich von Wangkiakou. Ich fand große Massen von Waffen und Munition vor. Die Boger gaben ihre Stellung vor unserer Ankunft auf, vergruben ihre Waffen und zerstreuten sich in der Umgegend. Die eingeborenen Christen sagen, die Zerstörung dieser Bogerfeste werde im ganzen Distrikt einen guten Eindruck machen und dazu beitragen, Leben und Eigenthum zu schützen.

Paris, 7. Nov. Im gestrigen Ministerrathe kündigte Delcassé an, daß in dieser Woche im Parlament ein Gelbbuch über die chinesischen Angelegenheiten vertheilt werde, das bis Ende Oktober reiche.

Shanghai, 7. Nov. Der „Standard“ meldet: Eine Meldung aus Langtschuan, der Hauptstadt von Kansu, besagt, Prinz Tuan sei daselbst durchgereist und erreichte Kinschajau am oberen Hoangho. Er soll als buddhistischer Priester und unter dem Schutze des bekannten Generals Tungfuhjiao gereist sein, der von der Kaiserin-Witwe zwei Monate Urlaub erhalten hat. Junglu zögerte, sich nach Singansu zu begeben, weil er sich vor der Rache der Boger fürchtete, welche ihn als Verräther bezeichnen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 7. Nov. Heute Vormittag fand im Lustgarten in Gegenwart Seiner Majestät des Kaisers die Vereidigung der Rekruten der Garnisonen Berlin, Spandau, Charlottenburg und Groß-Lichterfelde statt. Anwesend waren die Prinzen des königlichen Hauses, die Generalität, die Admiralität, sowie die fremdberlichen Offiziere. Um 10 Uhr erschien der Kaiser zu Pferde, mit dem Feldmarschallstab in der Hand und ritt die Front ab. Die Vereidigung erfolgte brigadeweise, jedesmal vor dem Kaiser, welcher dann in die Mitte des Vierecks trat und eine Ansprache hielt. Der kommandirende General des Gardecorps brachte ein Hurrah auf den Kaiser aus.

Berlin, 7. Nov. Die Eröffnung des Reichstags findet am 14. November im Ritterstalle des Schlosses statt.

Berlin, 7. Nov. Die „Berliner Correspondenz“ meldet: Nach dem Ergebnis der gestrigen Verhandlung im Prozesse Sternberg wurde dem Polizeidirektor v. Meerseid-Hüllessem noch während der Verhandlung die weitere Ausübung seiner dienstlichen Funktionen untersagt.

Darmstadt, 7. Nov. Ihre königliche Hoheit die Großherzogin reiste gestern Abend mit der Großfürstin Helena nach Paris ab, wo sie mit Seiner königlichen Hoheit dem Großherzog zusammentreffen werden.

Engenburg, 7. Nov. Die Kammeression wurde gestern ohne Rede eröffnet.

Napelsmonde (Belgien), 7. Nov. Infolge des Sieges der Katholiken bei den Gemeindevahlen fanden Ruhestörungen statt. Die Abschießer zerrütteten Schelben in den von Katholiken bewohnten Häusern und schändeten Steine in die Sakristeien. Gendarmerie stellte die Ruhe wieder her.

Paris, 7. Nov. Die Regierung wird an die Kammer das Ersuchen richten, Ergänzungsleistungen abzugeben, so daß zu gleicher Zeit mit der Beratung des Budgets auch die Gesetzesvorläge, betreffend die Getränkebesteuerung, die Gesellschaften und die Altersversicherung der Arbeiter, beraten werden.

Rom, 6. Nov. Der Papst richtete an die Bischöfe eine vom 1. November datirte Encyclica de Redemptore. Der Papst spricht darin seine Freude darüber aus, daß Katholiken aus der ganzen Welt anlässlich des heiligen Jahres nach Rom pilgern, was beweise, daß die Völker sich Christo zuwenden. Die Encyclica schließt mit der Aufforderung an die Bischöfe, alle Welt wissen zu lassen, daß allein der Erlöser der Menschheit Rettung und Frieden bringen könne.

London, 7. Nov. Die Blätter veröffentlichen ein Telegramm des Vizepräsidenten Haxfeld an Salisbury als Kanzler der Universität Oxford, worin der Ausdruck des Beileids Seiner Majestät des Deutschen Kaisers anlässlich des Todes des Professor Müller der Universität übermittelt wird. Salisbury dankte in einem Antworttelegramm.

Madrid, 7. Nov. Die Truppen setzen die Streifzüge zum Zwecke der Verfolgung carlistischer Banden in den Bergen Cataloniens fort. In Marresa tödteten Ausständige einen Fabrikbesitzer und seine Frau durch Steinwürfe. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Algier, 7. Nov. Der Gouverneur Jonart ist gestern Nachmittag hier eingetroffen. Bei dem Empfang der Behörden erklärte Jonart, er werde sich ausschließlich dem Gedeihen der Kolonie widmen und sich dabei von den Grundfragen der Toleranz leiten lassen, die in der Erklärung der Menschenrechte enthalten sind.

Buenos Ayres, 7. Nov. Von gut unterrichteter Seite verlautet, daß das einzige Ergebnis der Bepfropfungen mit den Präsidenten Roca und Campos Salles das gegenseitige Uebereinkommen sei, die diplomatischen Vertreter Argentiniens und Brasiliens anzunehmen, für die Aufrechterhaltung des Friedens in Südamerika gegen jeden weiteren gewaltthätigen Vordring von südamerikanischen Regierungen zu wirken.

London, 7. Nov. Die Morgenblätter melden aus Durban: Die Buren brachten einen aus Pratoria kommenden Zug am letzten Montag in der Nähe von Standerton zum entgleisen. Ein Heizer wurde dabei getödtet.

London, 7. Nov. Lord Roberts telegraphirt aus Johannesburg vom 5. d. M.: Während unzweideutige Anzeichen vorliegen, daß die Buren entmuthigt sind und Mangel an Nahrung und Munition leiden, thut Präsident Steijn sein Neuhertes, um seine Landsleute zur Fortsetzung des hoffnungslosen Kampfes zu ermuntern, indem er sie mit falschen Nachrichten von Erfolgen täuscht.

Kimberley, 7. Nov. Nach Privatnachrichten aus Rossfontein ist der Ort, der von den Buren besetzt wurde, am 3. d. M. von den Engländern wieder genommen worden.

Bloufontein, 7. Nov. Marthinus Steijn, der älteste Bruder des Präsidenten, ist am 2. d. M. in Springsfontein plötzlich einem Schlaganfall erlegen. — Der Militärgouverneur erklärte die Münze von Transvaal als gesetzliches Zahlungsmittel. Der Name der Nationalbank des Dranjefreistaates wurde abgeändert, sie heißt jetzt „Nationalbank der Dranjefluß-Kolonie“.

Verschiedenes.

Berlin, 7. Nov. (Telegr.) Die Morgenblätter melden: Generalmajor Graf v. Moltke, der Neffe des Feldmarschalls, erläßt namens der Familie eine Dankagung an Alle, die so viel Liebe und Verehrung zu Moltke's 100. Geburtstag bewiesen hatten.

Berlin, 7. Nov. (Telegr.) Die Gesellschaft zur Förderung der Luftschiffahrt ladet ihre Aktionäre zu einer Generalversammlung auf den 15. November ein, um über die Auflösung der Gesellschaft zu beschließen.

Stettin, 7. Nov. (Telegr.) Beim Einzug des Stiebel's beim Abbruch eines Hauses wurden heute Früh nach den bisherigen Feststellungen fünf Personen getödtet und mehrere verletzt.

Swindemünde, 7. Nov. (Telegr.) Auf dem Dampfer „Industria“ der Rheberet „Kunstmann“, der gestern Abend von hier nach England abging, brach gegen den Kapitän, die Offiziere und arbeitenden Mannschaften eine Meuterei aus. Der Dampfer kehrte während der Nacht zurück. Sechs an der Meuterei beteiligte Personen wurden verhaftet.

B.N. Luzern, 6. Nov. Der neue Tarif für Generalabonnements, der in der Luzerner Konferenz der schweizerischen Eisenbahngesellschaften festgestellt wurde, sieht folgende Preise vor: Für 15 Tage: I. Klasse 70 Francs, II. Kl. 50 Fr., III. Kl. 35 Fr.; für 30 Tage: I. Kl. 110 Fr., II. Kl. 75 Fr., III. Kl. 55 Fr.; für drei Monate: I. Kl. 270 Fr., II. Kl. 190 Fr., III. Kl. 135 Fr.; für sechs Monate: I. Kl. 420 Fr., II. Kl. 295 Fr., III. Kl. 210 Fr.; für zwölf Monate: I. Kl. 670 Fr., II. Kl. 470 Fr., III. Kl. 335 Fr.; für zwölf Monate und zwei Personen: I. Kl. 900 Fr., II. Kl. 630 Fr., III. Kl. 450 Fr. — Wie man sieht, trifft die Vertheuerung relativ am stärksten die Abonnements von geringerer Zeitdauer. Dafür sind neu aufgenommen die Linien Freiburg-Murten, Burgdorf-Thun, Bruntrut-Bonfol, Pont-Brassus und die Dampfschiff-Linien auf dem Genfer-, Neuenburger-, Murterner, Vierwaldstätter- und Bodensee.

Kopenhagen, 7. Nov. (Telegr.) Die dänische Expedition zur Erforschung der unbekanntem Gegenden Islands, bestehend aus 13 Mitgliedern, ist nach Kopenhagen zurückgekehrt.

Schnep, 6. Nov. (Telegr.) Der hiesige deutsche Generalkonsul Kempfermann ist heute verstorben.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan.

Im Hoftheater Karlsruhe.

Donnerstag, 8. Nov. Abth. B. 15. Ab. Vorst. (Kleine Preise.) Zum erstenmal wiederholt: „Otto Langmann Witwe“, Schauspiel in 4 Akten von Adolf Arronge. Anfang 7 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

Freitag, 9. Nov. Abth. C. 14. Ab. Vorst. (Mittelpreise.) Statt Alteste: „Fra Diavolo“, komische Oper in 3 Aufzügen von Eugen Scribe, Musik von Kuber. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hyd. vom 7. Nov. 1900.

Während der hohe Druck seine Lage über dem Osten Europas beibehalten hat, ist die Depression, welche gestern vor dem Eingang in den Kanal erschienen war, bis nach Mittelengland weiter gezogen und zugleich hat sie aber ihren Wirkungsbereich bis weit in das Binnenland hinein ausgebreitet. Hier ist deshalb neuerdings trübes und regnerisches Wetter eingetreten. Die Temperaturen sind bei südlichen Winden gestiegen. Weiteres Anhalten des herrschenden Witterungscharakters ist wahrscheinlich.

Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

| | Barom. | Therm. | Wind. | Feuchtigk. | Wind. | Stimm. |
|-------------------------------|--------|--------|-------|------------|-------|---------|
| | mm | in C. | in mm | in mm | in mm | |
| November | | | | | | |
| 4. Nachts 9 ^u II. | 753.8 | 3.8 | 5.4 | 90 | E | bedeckt |
| 5. Mrgs. 7 ^u II. | 753.1 | 1.8 | 5.0 | 95 | EW | „ |
| 5. Mittags 2 ^u II. | 751.7 | 5.6 | 5.8 | 85 | ENE | „ |
| 5. Nachts 9 ^u II. | 750.5 | 4.2 | 5.7 | 92 | SE | heiter |
| 6. Mrgs. 7 ^u II. | 749.1 | 3.3 | 5.1 | 88 | NE | bedeckt |
| 6. Mittags 2 ^u II. | 746.5 | 11.8 | 7.6 | 74 | Still | heiter |

1) Nebel.

Höchste Temperatur am 4. November: 8.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -0.4.

Niederschlagsmenge des 4. November: 0.0 mm.

Höchste Temperatur am 5. November: 6.1; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 2.3.

Niederschlagsmenge des 5. November: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Magau, 7. Nov.: 3.07 m, gefallen 1 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

Bei der Deutschen Militärdienst-Versicherungs-Anstalt in Hannover waren im Monat Oktober 1900 in den beiden von der Anstalt betriebenen Geschäftszweigen, der Militärdienst-Versicherung und Lebens-Versicherung (auch Todterversorgung), zu erledigen: 723 Anträge über \mathcal{M} 1,524,370 Versicherungskapital. Von Errichtung der Anstalt (1878) bis Ende Oktober 1900 gingen ein 343,921 Anträge über \mathcal{M} 456,540,000 Versicherungskapital. Die Auszahlungen an Versicherungssumme, Prämienrückgewähr zc. im Laufe des Jahres 1899 betragen \mathcal{M} 4,700,000, die Gesamtanzahlungen seit Bestehen der Anstalt \mathcal{M} 22,000,000. — Das Vermögen der Anstalt erhöhte sich im Monat Oktober von \mathcal{M} 106,001,588 auf \mathcal{M} 106,101,499.

C. F. Otto Müller

KUNSTGEWERBLICHE
ERZEUGNISSE

Glas, Porzellan, Beleuchtungskörper

General-Vertrieb der
Prof. Laeuger'schen Kunsttöpfereien

General-Vertretung für In- und Ausland
der Verein. Werkstätten für Kunst im Handwerk, München
von J. J. Scharvogel, München, grès flammée
von Bing & Gröndahl, Porzellan-Manufactur, Kopenhagen
von Worcester-Royal-Porcelain-Comp., Limtd.
von W. A. S. Benson & Co., London, Elektrische Be-
leuchtungskörper etc.

Prov. Lokal b. 3. Fertigstellung d. Neubaus Kaiserstr. 144:
Waldstrasse 33.

„Doornkaat“

Bester Korn-Genever.

Für Reinheit und Echtheit wird nur garantiert in Original-
flaschen und wenn **Kork** und **Kapsel** das geschützte Waaren-
zeichen „Doornkaat“ tragen. E 544,5

Ueberall erhältlich!

„Doornkaat“
Brennerei- und Brauerei-Actien-Gesellschaft Norden.
General-Vertreter: **Albin Funt, Frankfurt a. M.**
Verkaufsstellen in **Karlsruhe: L. Dörflinger, Waldstraße 45,**
Karl Sager, Hoflieferant, Victor Merkle, Herrn Munding.

Nächste Ziehung! Nächste Ziehung!

Letzte Geldlotterie

zur Restaurierung der Sebaldskirche in Nürnberg mit 7000
Treffern, auf **M. 120.000.—** baar, darunter Hauptgewinne von
M. 50.000.— 20.000.— u. s. w.; durchschnittlich auf 28 Loose
1 Treffer. Das Loos à M. 2.— auf 5 Stück eine Prämie, auf 10 Stück
ein Freiloose. Porto u. Liste 25 Pf., Porto für Prämie 50 Pf. extra.

Carl Götz, Lederhandlung und Bankgeschäft,
Sebelstraße 11/15, Karlsruhe, v. Rathhaus, E123/8
ferner bei J. Dörflinger; L. Ehrhardt; W. Erb, Heß's Nachf.;
C. W. Keller; C. Mühlisch; F. Thiergarten; W. Weg; Christ. Wieder
und Pitalen; C. Bachmann; Expedition des „Beobachter“.

Junker & Ruh-Defen

mit eingriffiger
Zeigerregulierung
sind unübertroffen!

Ueber
100,000
im Gebrauch.

Preislisten
und Prospekte
gratis.

**Junker & Ruh, Eisengiesserei,
Karlsruhe i. B.**

Vorräthig in allen bessern Ge-
schäften, die den Artikel führen.



Hygiama



nährt, kräftigt, ist leicht verdaulich,
billig, von angenehmen Cacao-
geschmack.

Vorräthig in den
Apotheken und Drogerien.

Preis Mk. 1.60 u. 2.50.

Nächste Woche sicher Ziehung 12./11. 1900.

IX. Strassburger Pferde-Lotterie.




1000 Gew. i. W. **31.000.** Haupt-
gew. M. **10.000, 3000** etc.

1 Loos 1 Mk., 11 Loose 10 Mk. (Porto und Liste 25 Pf.) extra
empfehlen, sowie alle genehmigten Loose

J. Stürmer, General-Agent, Strassburg i. E.
In **Karlsruhe** bei **Karl Goch, C. Dahlemann, W. Jüntz,**
Seb. Müsch, C. Wegmann.
Wiedervertreter werden gesucht. E. 595 21

Bopp & Reuther, Mannheim

Maschinen- u. Armaturen-Fabrik

**Tiefbohrungen nach Wasser,
Rohrbrunnen-Anlagen**
nach bewährtem System. Ueber 4000 Stück geliefert.

Sowie
sämtliche Ausrüstung
für **E 491,3**
**Wasserleitungs-
Anlagen**
für
Gaswerke u. Dampfanlagen.
Pumpen jeder Art.

E. 786.3. Karlsruhe.

Großh. Badische Staatseisenbahnen.

Wir haben öffentlich zu verdingen die Lieferung nach folgenden Magazi-
nen von:

| | Tannenholz | | Holzkohlen | |
|-------------------------------|-------------------------------------|--------------------------|------------------|--------------------------|
| | November 1900 bis Januar 1901 | März bis Oktober 1901 | November 1900 | März bis Oktober 1901 |
| Karlsruhe | 600 | 3500 | 6000 | 15000 |
| Heidelberg | 400 | 3400 | — | 10000 |
| Mannheim | 1900 | 5600 | — | 10000 |
| Karlsruhe | 900 | 5000 | 50000 | 150000 |
| Offenburg | — | 2500 | — | 35000 |
| Freiburg | 1100 | 3300 | — | 20000 |
| Basel | — | 1600 | — | 10000 |
| Konstanz | — | 2100 | — | 20000 |
| Willingen | 200 | 700 | — | 15000 |
| und außerdem nach Konstanz | — | 40 | — | — |

Angebote sind längstens bis Montag, den 12. November 1900, Vormittags
10 Uhr mit der Aufschrift
„Verdingung 12. November 1900“
verselbst bei uns einzureichen.
Angebotsbogen und Lieferungsbedingungen werden auf portofreie Anfrage
von uns abgegeben.
Karlsruhe den 26. Oktober 1900.
Großh. Verwaltung der Eisenbahnmagazine.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben
wird derselbe auf Grund der nach
§ 472 der Strafprozeßordnung von
dem Kgl. Bezirkskommando Mannheim
ausgestellten Erklärung verurtheilt
werden.

Schwefingen, den 26. Oktober 1900.
Wagenmann,
Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts,
Ladung.

E. 641.3. Nr. 26667. Lörrach.
Der am 2. November 1874 in Pfell-
hofen geborene, zuletzt in Reichenhall
wohnhafte Knecht Georg Friedl wird
beschuldigt, als Erlaßreferent ohne Er-
laubnis ausgewandert zu sein.
Uebertretung gegen § 360,
Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.
Derselbe wird auf Anordnung des
Gr. Amtsgerichts hier selbst auf
Mittwoch, 12. Dezember 1900,
Vormittags 8 Uhr,
vor das Gr. Schöffengericht Lörrach ge-
laden.
Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird
derselbe auf Grund der nach § 472 der
Strafprozeßordnung von dem Kgl.
Bezirkskommando zu Lörrach ausge-
stellten Erklärung verurtheilt werden.
Lörrach, den 10. Oktober 1900.
Gr. Gerichtsschreiber:
Appel.

Keinen Bruch mehr!

2000 Mark Belohnung

Demjenigen, der beim Gebrauch meines
Bruchbandes ohne Feder
nicht von seinem Bruchleiden voll-
ständig geheilt wird. Man hüte sich
vor minderwertigen Nachahmungen.
Auf Anfrage Broschüre gratis u. franco
durch das **Pharmaceutische Bureau,
Waldenburg (S.), Holland, Nr. 111.**
Da Ausland: Doppelpporto.

Sür ein größeres Anwaltsbureau
wird zur Stellvertretung voraus-
sichtlich für längere Zeit ein
Referendar gesucht.
Offerten beliebe man zu richten an das
Bureau des **Rechtsanwalts Federle**
in **Freiburg i. B.** E 952,2

Schreibgehilfenstelle.
Die Schreibgehilfenstelle des **Großh.
Notariats Furtwangen** mit einem
Jahreslohn von 600 Mark ist
sofort zu besetzen.
Bewerber wollen sich unter Vor-
lage von Zeugnissen alsbald melden.
Incipienten bevorzugt.
Furtwangen, den 5. November 1900.
Großh. Notariat:
Anton. E 959,1

borene, zuletzt in Mühlburg wohn-
hafte Unteroffizier der Landwehr
I. Aufgebots, Schuster Andreas
Fiederling,
3. der am 20. Mai 1864 in Hagen,
Kreis Hagen — Preußen — ge-
borene, zuletzt hier wohnhafte Wehr-
mann II. Aufgebots, Eisenarbeiter
Wilhelm Glöblich,
4. der am 8. Juni 1860 in Rappenauborn,
Amt Sinsheim — Baden — ge-
borene, zuletzt hier wohnhafte Wehr-
mann II. Aufgebots, Maurer Chris-
tian Jakob Roser,
5. der am 24. Oktober 1856 in Pfanz-
stätt, Amt Schwefingen — Baden —
geborene, zuletzt hier wohnhafte Wehr-
mann II. Aufgebots Landwirt
Jakob Lüd,
6. der am 16. November 1861 in Mar-
stätt, Amt Tauberbischofsheim —
Baden — geborene, zuletzt hier wohn-
hafte Wehrmann II. Aufgebots,
Müller Markus Michel,
werden angeklagt, daß sie ohne Er-
laubnis des Kgl. Bezirkskommandos
Karlsruhe ausgewandert sind.
Uebertretung des § 360, Ziff. 3
R. St. G. B.
Dieselben werden auf Anordnung des
Gr. Amtsgerichts Karlsruhe auf
Mittwoch den 12. Dezember 1900,
Vormittags 8 Uhr,
vor das Großh. Schöffengericht Karls-
ruhe zur Hauptverhandlung geladen.
Bei unentschuldigtem Ausbleiben
werden dieselben auf Grund der nach
§ 472 der Strafprozeßordnung von dem
Kgl. Bezirkskommando zu Karls-
ruhe ausgestellten Erklärungen ver-
urtheilt werden.
Karlsruhe, den 12. Oktober 1900.
Amelang,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts,
Ladung.

E 980.1. Nr. 33,603 I. Mannheim.

Bekanntmachung.

Das Großh. Amtsgericht I hier hat
folgende **Zahlungsperre** erlassen:
Auf Antrag der Selma Neef in
Ludwig — vertreten durch die Rechts-
anwälte Dr. Kay und Dr. Gertshelm
in Mannheim — welche das Eigen-
thum und den Besitz des $3\frac{1}{2}\%$ igen
**Pfandbriefes der Rheinischen Hypo-
thekendarstellung Mannheim Serie 72
Tit. B, Nr. 4935 über 1000 M.**
und der hierzu gehörigen Zinscheine
glaubhaft gemacht hat, ergeht an die
genannte Bank und deren Zahlstellen das
Verbot,
an den Inhaber des Papiers eine
Leistung zu bewirken, insbesondere neue
Zinscheine auszugeben.
Mannheim, den 30. Oktober 1900.
Der Gerichtsschreiber
Großh. Amtsgerichts I.
Stroh.

E 919.2. Nr. 23,649. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats- Eisenbahnen.

Wir haben die Lieferung von 19 Stück
Lokomotivketten verschiedener Art
zu vergeben.
Bedingungen und Zeichnungen können
gegen freie Einsendung von 2 M. von
uns bezogen werden.
Angebote sind schriftlich, verschlossen,
portofrei und mit entsprechender Auf-
schrift versehen bis längstens **15.
Dezember d. J.** an uns einzureichen.
Karlsruhe, den 5. November 1900.
Großh. Verwaltung der Hauptwerkstätte.

E 981. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats- Eisenbahnen.

Zum Ausnahmestarif für die Beför-
derung von Eisen u. s. w. zum Hoch-
ofen- und Viehhüttenbetrieb nach Sta-
tionen der Eisenbahnen in Elßig, Vo-
thringen, der Direktionsbezirke Gießen,
Eberfeld, Offen, Frankfurt a. M., Han-
nover, Köln, Magdeburg und St. Joh-
ann-Saarbrücken, der Dortmund-
Gronau-Eisenbahn, der Eisen-Regener,
der Georgsmarienhütten und der Hal-
berstadt-Blankenburger Eisenbahn ist
mit Gültigkeit vom 1. November d. J.
der Nachtrag III ausgegeben worden.
Derselbe enthält die Einbeziehung
einiger Stationen, sowie Verichtigungen
des Haupttarifs.
Karlsruhe, den 5. November 1900.
Großh. Generaldirektion.